

## Wahnsinn Europapolitik <sup>[1]</sup>

Corinna Miazga <sup>[2]</sup> plaudert aus dem Nähkästchen, wobei «plaudern» ziemlich untertrieben ist. Bemerkungen in [...], die Zwischentitel und die Quellen stammen von mir. Ich gebe den Wortlaut ziemlich genau wieder. Manchmal habe ich ihre Sätze ein wenig anders angeordnet, aber inhaltlich nicht verändert, gelegentlich auch mal etwas, was mich gerade nicht interessierte, weggelassen oder hervorgehoben.

### Vorwort (von mir)

Uns (etwa mich) interessiert natürlich, wie die EU mit ihren Mitgliedern umgeht, wie es sich anfühlt, in ihrem Schosse zu leben. Verhält sie sich pragmatisch, den Problemen angemessen, «vernünftig», oder ideologisch, irgendeiner Idee nachjagend? Unser EU-Beitritts-Befürworter argumentieren etwa so: Wenn die Schweiz Mitglied der Europäischen Union wird, kann sie mitbestimmen. Dazu ist Kraft nötig, die ich bei vielen unseren momentan aktierenden Politikern aber vergebens suche. Es besteht auch der Verdacht, dass sie für sich eine etwas grössere Bühne, als es die Schweiz ist, suchen. Kleine Leute benötigen grosse Flächen. (Bisschen frech, aber vielleicht nicht ganz falsch.)

### Subsidiarität

Was ist das denn?

Das ist ein Instrument, das man nutzen könnte, wenn man denn wollte. Die Abgeordneten der Altparteien machten das leider nicht. Es geht um das Thema EU-Gesetzgebung. Ich sitze im EU-Ausschuss. <sup>[3]</sup>

### Friedensnobelpreis

Die Europäische Union hat 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Man denkt sich: 'Mensch! Das muss doch was Gutes sein!' Allerdings haben wir heute in ihr nur Ärger. Daran ist nicht nur der Euro schuld. Die EU ist eine Gefahr für den Frieden und den Fortbestand unseres Landes und für ganz Europa.

[Das bayrische Zwischenspiel überspringe ich.]

### Ein Rückblick

1950 wurde die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. <sup>[4]</sup> 1958 entstanden die "Römischen Verträge" <sup>[5]</sup> und damit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die EWG. <sup>[6]</sup> Damit begann eine Friedensphase ohne einen riesigen Regelungsapparat. Es gab keinen [wenig] Streit, weil die EWG nichts gemacht hat, und wenn die EU [Nachfolgerin der EWG] nichts macht, dann haben wir auch keinen Ärger. (Grosser Applaus)

Dann, um 1985, ging es mit "Schengen" los. <sup>[7]</sup> Die Kontrollen an den Grenzen innerhalb Europas wurden quasi entfernt. Mit dem Vertrag von Maastricht <sup>[8]</sup> war die Europäischen Union 1993 gegründet.

Im Vertrag von Maastricht ist schon eine gemeinsame Währung vorgesehen, der Euro. <sup>[9]</sup> Der kam aber erst 1999 als Buchgeld, 2002 als Bargeld. Das ist typisch für das Vorgehen der EU in kleinen Schritten. <sup>[10]</sup>

In den Anfangsjahren der Union, als sie sich hauptsächlich mit Kohle, Stahlkontingenten, Zollfragen und Agrarabschöpfung befasste, wobei jeder einsichtig Souveränitätsrechte übertagen hat, wurde kaum über Kompetenzfragen diskutiert.

Als man sich Mitte der 1980er-Jahre die Binnenmarkt-Kompetenz vorknöpfte - dies ist eine der Kompetenzen der EU, dafür Gesetze zu erlassen - und damit oft das Privatrecht berührte, das mit Handel oder Binnenmarkt nichts zu tun hat, begann der Streit.

Der Vertrag von Lissabon setzte dem 2009 die Krone auf. <sup>[11]</sup>

### Kompetenzen

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden Kompetenzkataloge erlassen. Was ist das denn? Man bestimmte, für welche Politik-Bereiche die EU zuständig ist und die Mitgliedstaaten eine sogenannte konkurrierende Gesetzgebungskompetenz bekommen. Das ist in einer Zollunion sinnvoll.

Als der Euro eingeführt wurde, ging auch die Währungspolitik auf die EU, also die Euro-Gruppe über. <sup>[13]</sup>

Die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz funktioniert wie folgt:

- Solange die EU kein Gesetz erlässt, liegt das Recht, das zu tun, bei den einzelnen Staaten.
- Wenn die EU den Eindruck (oder das Bedürfnis) hat, zu einem Thema ein Gesetz zu erlassen, zieht sie die Kompetenz dafür an sich.

Kompetenzen der EU im Vertrag von Maastricht:

- Binnenmarkt <sup>[14]</sup>
- Sozialpolitik <sup>[15]</sup>
- Sozialer territorialer Zusammenhalt - ich weiss auch nicht, was das eigentlich bedeuten soll <sup>[16]</sup>
- Landwirtschaft und Fischerei
- Umwelt, Verbraucherschutz
- Verkehr
- Energie
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Dazu gehört das Thema "Asylpolitik".

- Sicherheitsanliegen der öffentlichen Gesundheit
- Entwicklungs- und humanitäre Hilfe
- Programme in den Bereichen Forschung (darin auch Gender-Mainstreaming?)<sup>[17]</sup>
- Technologische Entwicklung

Die EU hat sich eine Menge Kompetenzen unter den Nagel gerissen. Viel bleibt nicht mehr übrig. Doch genau darum geht es hier.

### **Aufgabe des EU-Ausschusses**<sup>[18]</sup>

Er soll(te) prüfen, ob im Einzelfalle

- die EU die Kompetenz hat und
- das, was sie dann verordnet, in Ordnung ist.

Es gibt nämlich noch zwei weitere Regelungen, womit wir bei der Subsidiarität sind.

### **Also: Subsidiarität**

- Begrenzte Einzelermächtigung<sup>[19]</sup>. Das heisst: Wenn die EU in einem bestimmten Bereich keine Kompetenz hat, dann darf sie zuerst einmal gar nichts tun [vorschreiben]

- Subsidiarität bedeutet: Es wird immer nur dann und dort ein Gesetz gemacht, wenn es angemessen und wo es nötig ist. Also nicht irgendwo "oben", sondern "unten" und bei Bedarf.<sup>[20][21]</sup> Kommunale Angelegenheiten, zum Beispiel, werden immer in den Gemeinden geregelt.

Die EU hat etwas anderes im Sinne: Sie will vom Ziel her arbeiten. Ein Beispiel: Die Umwelt soll nicht verschmutzt werden. Das ist ein gutes Ziel. Niemand möchte das Gegenteil tun. Die Frage ist nur: Mit welchen Mitteln soll dieses Ziel erreicht werden?

Nach Hofreiter<sup>[22]</sup> ist ein Mittel: Alle Autos verbieten. Das widerspricht dem Prinzip der Verhältnismässigkeit.

### **Prinzip der Verhältnismässigkeit**<sup>[23]</sup>

Wenn der Schaden einer Massnahme für uns grösser ist als der Gewinn, haben wir die Möglichkeit, eine Subsidiaritätsklage einzureichen respektive eine Subsidiaritätsrüge auszusprechen. Diese Möglichkeiten nimmt der Deutsche Bundestag nicht wahr.

### **Arbeit im EU-Ausschuss**

Mit schöner Regelmässigkeit kommen bei uns durch ein elektronisches System Vorschläge der EU für eine Richtlinie, eine amtliche Mitteilung oder eine Verordnung herein.<sup>[24]</sup> Ich sitze vor dem Bildschirm, und mir kommen mehrere hundert Seiten entgegen [oder Blätter, wenn sie per Fax herein flattern]. Teilweise hat die Bundestagsverwaltung schon Bewertungen oder Fragen wie "Habt ihr geguckt? Hier haben wir eventuell ein Subsidiaritätsproblem. Besprechen Sie es." angebracht.

**Es wird nicht besprochen.**

### **Der Kaffee- und Kuchenausschuss**

Ich habe ihn einmal so bezeichnet und mir damit eine Rüge des Vorsitzenden<sup>[25]</sup> eingehandelt.

Er tritt einmal pro Woche zusammen, und es herrscht eine tolle Stimmung. Ein mit Kuchen, Getränken, Kaffee und allem, was dazu gehört, um sich wohl zu fühlen, beladener Hot-Dog-Wagen wird hereingefahren. Alle bedienen sich und reden miteinander. Die "Grünen", die "Gelben" und die "Schwarzen" sind miteinander per Du.<sup>[26]</sup> Die Wahrheit muss einmal festgestellt werden. Es ist keine Hetze. Ich mache das, wie Sie sehen, mit kleinen humoristischen Einlagen, denn anders kann man es nicht ertragen. Sonst müsste ich den ganzen Tag über weinen und hätte Depressionen.

Dann werden Leute, etwa von der Bundesregierung vorgeladen, zum Beispiel Frau von der Leyen. Man kann sie dann fragen, was PESCO<sup>[27]</sup> ist, weil das niemand weiss, da es nicht besprochen wird. PESCO ist die Verteidigungsunion. Man hat vor, eine Art europäischer Armee aufzustellen.<sup>[28]</sup> Ein Staat hat eine Armee; aber die EU ist kein Staat und wird hoffentlich niemals einer sein, jedenfalls solange die AfD im Deutschen Bundesstaat sitzt.

Dänemark und Malta beteiligen sich nicht an PESCO. Ich möchte auch wissen, was Deutschland dazu beitragen könnte. Wir müssten zuerst einmal das Sturmgewehr beschaffen.

Eigentlich geht es darum, Geld zu verbraten, das anderen Leuten gehört, das sie nicht erwirtschaftet haben, sich wichtig zu machen und diesen EU-Apparat immer mehr aufzublasen, bis so viel Kompetenzen nach Brüssel abgewandert sind, dass wir im Bundestag nichts mehr zu entscheiden haben.<sup>[29]</sup>

### **Dublin III**

Die Verordnung "Dublin III" besagt: Wenn jemand [ein Migrant, eine Migrantin] in unser Land kommt, dann ist er aus einem sicheren Drittstaat gekommen, ausser er ist eingeflogen worden, und dann ist er abzuweisen. Das wurde nicht gemacht, und damit haben sich die Verantwortlichen ins Unrecht gesetzt. Wenn Seehofer<sup>[30]</sup> "zurück zur Rechtslage" will, bedeutet dies, das wir Recht umsetzen müssen, das in Deutschland und im übrigen EU-Raum bereits gilt. Das ist ein dickes Ding, und es wird entsprechend gefeiert!

Es ist aber ein Skandal, und ich frage mich, weshalb ihn niemand benennt.

### **Dublin IV**

Dieses geplante Abkommen könnte aus Illegalität Legalität machen.<sup>[31]</sup> Ich werde alle Hebel in Bewegung setzen, damit diese Verordnung im Deutschen Bundestag nicht angenommen wird.

### **Datenschutz-Grundverordnung**<sup>[32]</sup>

Sie ist seit dem 25. Mai 2018 inkraft. Sie kam 2012 herein. Niemand hat sich gross damit beschäftigt. Der Bundesrat <sup>[33]</sup> hat zwar sein Veto eingelegt; aber es passierte nicht viel.

## Zusammenfassung

- Der EU-Ausschuss beschäftigt sich nicht mit wichtigen Themen der EU [sondern mit Kaffee, Kuchen und Frau von der Leyen].
- Er lädt Leute ein und befragt sie etwa zum Stande des BREXIT.
- Er befasst sich mit jemandem etwa aus dem Westbalkan, der anfragt, wann sein Land der EU beitreten könne.
- Man sagt uns, wir seien nur mitberatend. Der Fachausschuss <sup>[34]</sup> habe die Federführung. [Von welchem Fachausschuss ist hier die Rede? Corinna Miazga sitzt doch darin.]

## Deutschland

Deutschland ist in der Welt unbeliebt. [Den Grad kann ich nicht beurteilen.] Mit wem gibt es keinen Stress? Putin - weg! Trump - weg! Erdogan - weg! Die Visegrád-Staaten <sup>[35]</sup> sind unsolidarisch - weg! Österreich hat jetzt auch noch die FPÖ <sup>[36]</sup> in der Regierung - was fällt euch ein! Weg! ["Weg" bedeutet wohl: Unbrauchbar.]

Wer bleibt noch übrig? Frankreich. Letzthin sagte ein Vertreter der Regierung in unserem Ausschuss: "Macron ist der grösste Freund Deutschlands, den Frankreich jemals hatte."

Eigentlich hätte ich das filmen müssen; das ist aber nicht gestattet. Ich dachte nur: Vielleicht der grösste Freund des deutschen Geldes. Denn darum geht es.

## Fazit

Das wirklich Schlimme ist, dass sich die Abgeordneten und die Mitglieder der Fachausschüsse mit den Themen nicht befassen. Sie haben sich damit abgefunden, dass da "oben" [Brüssel] Sachen beschlossen werden, die bei uns automatisch zu Recht werden, wenn wir nicht "Stop" sagen. Die EU erweitert damit ständig ihre Kompetenzen. Schliesslich haben wir im Bundestag nichts mehr zu sagen.

**Es gab im Deutschen Bundestag noch nie eine Subsidiaritätsklage!** Dabei rechten 25% der Stimmen. Was hat die Opposition <sup>[37]</sup> bisher gemacht?

[Sie zeigt ein Bündel Papier.] Das ist eine Drucksache des Deutschen Bundestags. Sie haben versucht, einen Bericht über die Subsidiaritätsprüfung im Deutschen Bundestag und in anderen nationalen Parlamenten zu machen. Der untersuchte Zeitraum reicht von 2009 (Vertrag von Lissabon) bis Sommer 2014. In diesen knapp 5 Jahren lieferte die EU 441 Gesetzgebungsakte, zu der eine Subsidiaritätsrüge möglich gewesen wäre. Von den Verwaltungen gab es 157 Hinweise und Vorschläge, die 441 Akte der EU zu rügen. Schliesslich kamen nur 3 Rügen zustande.

Dazu kommt, dass die Rüge allein noch nichts bringt. Im Bundestag braucht man dazu die einfache Mehrheit. Die Bundesregierung allein hat schon die einfache Mehrheit; und wenn die nicht mitmacht [was anscheinend meistens geschieht], dann ist die Rüge wirkungslos. Dazu kommt, dass ein Drittel der EU-Mitgliedstaaten diese Rüge unterstützen muss, damit der Gesetzgebungsprozess gestoppt wird.

Deutschland hat sich bisher an keiner Rüge anderer Länder beteiligt.

**Wir nutzen Instrumente, die uns in die Hand gegeben sind, nicht.**

Ich will Ihnen nicht verschweigen, dass die CSU eben ein Papier herausgegeben hat: "Stärkung des Subsidiaritätsgrundsatzes und der Eigenverantwortung innerhalb der Europäischen Union". <sup>[38]</sup>

Nun, wir wissen, es stehen Landtagswahlen vor der Türe.

## Quellen

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=sX07Z41BAro>

[2] Corinna Miazga ist ein Mitglied der "Alternative für Deutschland" AfD und sitzt im Deutschen Bundestag. <https://corinna-miazga.de/>

[3] EU-Ausschuss des Deutschen Bundestags

[4] Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, kurz offiziell EGKS, oft auch Montanunion genannt, war ein europäischer Wirtschaftsverband und ein Vorläufer der EG. Er gab allen Mitgliedstaaten Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. (Wikipedia)

[5] Die Römischen Verträge (außer in Deutschland und Italien vereinfachend Vertrag von Rom genannt) wurden am 25. März 1957 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden in Rom (Kapitol, Saal der Horatier und Curiatier im Konservatorenpalast) unterzeichnet.[...] Die Verträge traten am 1. Januar 1958 in Kraft:

- der EWG-Vertrag, mit dem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) errichtet wurde, ursprünglich Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannt,

- der EURATOM-Vertrag, mit dem die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet wurde, und

- das Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften, das festlegte, dass EWG, EURATOM und EGKS eine gemeinsame parlamentarische Versammlung (jetzt Europäisches Parlament), einen gemeinsamen Gerichtshof, sowie einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialausschuss haben.

[6] Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war der ursprüngliche Name eines Zusammenschlusses europäischer Staaten zur Förderung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik im Rahmen der europäischen Integration. Am 25. März 1957 wurde die EWG mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge durch Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

[7] <http://www.eu-info.de/europa/schengener-abkommen/>

[8] <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossar/V/2005-11-22-vertrag-ueber-die-europaeische-union-maastricht-vertrag-.html>

[9] <https://de.wikipedia.org/wiki/Euro>

[10] "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt." - in «Die Brüsseler Republik», Der Spiegel, 27. Dezember 1999.

[11] <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/eu/europaeische-union/vertrag-lissabon.html>

[12] <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-23/artikel/wenn-es-ernst-wird-muss-man-luegen-die-weltwoche-ausgabe-232014.html>

[13] EU-Gruppe, Finanzminister der Euro-Länder

Yanis Varoufakis zur Arbeit in der Euro-Gruppe. Siehe VUP-Zeitung Jahrgang 1, Nummer 12.

[14] Binnenmarkt - Markt innerhalb der Grenzen eines Staates oder eines Staatenbündnisses. Beispiel: europäischer Binnenmarkt (Google)

[15] Sozialpolitik ist die Bezeichnung für Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation insbesondere benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen.

Träger der Sozialpolitik sind vornehmlich der Staat, daneben Unternehmen, Gewerkschaften, NGOs und die Kirchen. (Wikipedia)

[16] Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt

Um die harmonische Entwicklung der Europäischen Union als Ganzes zu fördern, stärkt die EU ihren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Insbesondere setzt sich die EU zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand ihrer verschiedenen Regionen zu verringern. Bei den betreffenden Regionen liegt der besondere Schwerpunkt auf den ländlichen Gebieten, den vom industriellen Wandel betroffenen Gebieten und den Gebieten mit schwerwiegenden und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen, wie den nördlichsten Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte sowie den Insel-, Grenz- und Bergregionen.

<http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/93/wirtschaftlicher-sozialer-und-territorialer-zusammenhalt>

[17] Gender-Mainstreaming

Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Lebensbedingungen und Interessen. (Google)

[18] Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Europaausschuss) ist ein deutscher Bundestagsausschuss, der vom Grundgesetz vorgeschrieben ist. (Wikipedia)

[19] Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 EU-Vertrag) besagt, dass Organe der Europäischen Union bzw. der Europäischen Atomgemeinschaft nur dann Rechtsnormen erlassen dürfen, wenn sie durch die Verträge, das sogenannte Primärrecht, dazu explizit ermächtigt sind. **Die EU kann also nicht eigenmächtig Kompetenzen an sich ziehen, sie besitzt keine Kompetenz-Kompetenz**. Jede Rechtsetzung der EU bedarf daher immer einer ausdrücklichen Grundlage in den Verträgen. Im Übrigen bleibt die Rechtsetzungsbefugnis bei den Mitgliedstaaten. (Wikipedia)

Rechtsetzungsbefugnis = Recht, das Recht zu bestimmen.

[20] Ich stelle mir ein Beispiel vor: Eine Verordnung über die Hochseefischerei ist für Österreich oder Ungarn nutz- und damit sinnlos.

[21] Subsidiarität ist in Politik und Soziologie ein gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem übergeordnete gesellschaftliche Einheiten (besonders der Staat) nur solche Aufgaben an sich ziehen dürfen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten (besonders die Familie) nicht in der Lage sind. (Google)

Subsidiarität ist eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Maxime, die Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und die Entfaltung der Fähigkeiten des Individuums, der Familie oder der Gemeinde anstrebt. (Wikipedia)

Mir (vielleicht auch euch) fällt ein Zusammenhang mit unserem (oft geschmähten) schweizerischen Föderalismus auf: Unter Föderalismus wird heute vorwiegend ein Organisationsprinzip verstanden, bei dem die einzelnen Glieder über eine begrenzte Eigenständigkeit und Staatlichkeit verfügen, aber zu einer übergreifenden Gesamtheit zusammengeschlossen sind. (Wikipedia)

Mein Vorschlag:

Die Europäische Union muss föderal und demokratisch werden, wenn sie das Friedensprojekt sein (oder werden) will, das zu sein sie vorgibt. Demokratien haben kaum Lust, über andere Länder herzufallen. Sie sind vollauf damit beschäftigt, ihrer Bevölkerung ein so gutes Leben wie möglich zu verschaffen.

[22] Anton Hofreiter, seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags.

[23] Verhältnismäßigkeitsprinzip (Deutschland)

Als allgemeines Abwägungsprinzip besagt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: "Kollidierende Interessen, Freiheiten oder Rechtsprinzipien werden nur dann in ein angemessenes Verhältnis zueinander gesetzt, wenn und soweit das zu wahrende Interesse, Freiheitsrecht oder Rechtsprinzip schwerer wiegt als das ihm aufgeopferte." (Wikipedia)

Beispiel Schweiz - EU:

Ein (von verschiedenen Gruppen gewünschter) Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union, der vielleicht auch Vorteile bringen könnte, ist nur dann möglich, wenn die Schweiz auf ihre Staatsform, die direkte Demokratie, verzichtet. Man kann sich nun fragen, ob dieser Verzicht, ein Verlust, leichter wiegt als ein Beitritt, man also schliessen möchte: Wir geben etwas sehr Gutes und Bewährtes zu Gunsten eines Besseren (allerdings noch nicht Bewährten) auf.

Wer einwendet, man könne der EU beitreten und doch unabhängig bleiben, irrt sich. Ich kann mich vage daran erinnern, dass dies ein Bundesrat 1999 im Radio so formulierte, aber die Quelle nicht mehr finden.

[24] Die Mitgliedländer werden durch eine bürokratische Flut überschwemmt. Das Gegenstück ist die Migrantenfut.

[25] Seit 2007 der CDU-Abgeordnete Gunther Krichbaum. (Wikipedia)

[26] Die Grünen: Bündnis 90/ Die Grünen

Die Gelben: FDP

Die Schwarzen: Union aus CDU und CSU

[27] PESCO (englisch Permanent Structured Cooperation, kurz PESCO, deutsch Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ) bezeichnet die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) besonders engagieren wollen. (Wikipedia)

[28] Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy (engl., deutsch: Massenmigrationswaffen: Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik) ist ein 2010 veröffentlichtes politisches Sachbuch der US-amerikanischen Politikwissenschaftlerin Kelly Greenhill. (Wikipedia)

Die Migrationsflut ist eine Bedrohung für Europa, eine Art Krieg oder eine Waffe in einem Kriege. Ich nehme aber an, PESCO habe den "bösen Putin" oder die "bösen Russen" im Visier.

[29] Das ist eine wichtige Feststellung in Bezug auf das geplante (unselige) Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Diese will, dass unser Land alles übernimmt, was uns Brüssel beschert. Referenden sind nicht mehr möglich, und wenn wir nicht tun, was uns befohlen wird, dann werden wir vom EU-Gerichtshof bestraft. Damit haben wir dann, was wir während 700 Jahren mit Erfolg abgelehnt haben: Fremde Richter.

[30] Horst Seehofer ist seit März 2018 Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat im Kabinett Merkel IV.

[31] In den Dublin-Verordnungen wird der Umgang mit Flüchtlingen in der EU geregelt. Bevor zahlreiche Flüchtlinge im Sommer 2015 nach Europa reisten, galt die Regel, dass das Land für einen Asylbewerber zuständig ist, in dem dieser EU-Boden zum ersten Mal betreten hat. Laut der nun praktizierten Dublin-III-Verordnung kann ein Land in einer "humanitären Notsituation" die Zuständigkeit für eigentlich "fremde" Asylverfahren übernehmen. So geschehen 2015 und 2016 – als unter anderem Deutschland und Österreich Asylsuchende aufnahmen, die eigentlich in einem anderen Land EU-Boden betreten haben. Das wollen die europäischen Staaten angesichts der besonderen Belastung einiger weniger Länder ändern. Der Dublin-IV-Vorschlag sieht vor, dass ein EU-Staat fest für Asyl-Bewerber zuständig sein soll. Es muss demnach nicht wie nach der anfänglichen Regel das "Eintrittsland" sein.

[https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagsdebatte-im-live-ticker-jetzt-diskutieren-die-abgeordneten-ueber-eine-reform-des-europaeischen-asyl-systems\\_id\\_9183962.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagsdebatte-im-live-ticker-jetzt-diskutieren-die-abgeordneten-ueber-eine-reform-des-europaeischen-asyl-systems_id_9183962.html)

Wie sieht der **Verteiler** aus? Nach welchen Kriterien werden die Migranten den einzelnen Ländern zugewiesen?

"Anders als das bisherige System, dass die Verantwortung an die EU-Grenzstaaten weggeschoben hat, soll es nun nach Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl berechnete Aufnahme-Quoten für Flüchtlinge geben."

<https://www.dw.com/de/dublin-iv-kritik-am-neuen-europ%C3%A4ischen-asylrecht/a-41259145>

[32] Am 25. Mai 2018 trat in der EU die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft. Ziel ist es, mehr Kontrolle über die Personendaten zu erhalten. Die muss ich mir noch genau anschauen.

[33] Der Bundesrat (Abkürzung BR) [...] ist ein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, durch das die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes sowie in Angelegenheiten der Europäischen Union mitwirken... Jedes Land ist durch Mitglieder seiner Landesregierung im Bundesrat vertreten. (Wikipedia)

[34] Bundestags-Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

[35] Die Visegrád-Gruppe (...), gelegentlich auch Visegrád-Staaten genannt und unter der Bezeichnung V4 bekannt, besteht aus den mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Sie besitzt keine formale oder institutionale Struktur, sondern erscheint als „halboffizielles Binnenbündnis“ [...] in der Europäischen Union (EU) und bemüht sich um den Austausch von Informationen sowie um die Koordination politischer Positionen. (Wikipedia)

Visegrád ist eine ungarische Stadt.

[36] Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine rechtspopulistische[...] Partei in Österreich, die im Nationalrat, in allen neun Landtagen und vielen Gemeinderäten vertreten ist. Sie bezeichnet sich als Vertreterin des „Dritten Lagers“ und sieht sich selbst im Erbe des nationalliberalen Wertesystems der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848. Ihr wird ein Näheverhältnis zum Rechtsextremismus vorgeworfen. (Wikipedia ist, wie bekannt, nicht unparteiisch, Sie bezeichnet als rechtspopulistisch alles das, was ihr selbst nicht passt.)

[37] Das sind AfD, FDP, Linke und Grüne.

[38] Das Papier befindet sich anscheinend (noch) nicht im Internet.